



Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



7. Februar 2017
Seite 1 von 1

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat am 7. Februar 2017
beschlossen, dem Bundesrat die als Anlage beigefügte

**Entschließung zum Beitritt der Bundesregierung zu einem
Fonds zur Unterstützung von Familienplanungsangeboten in
Ländern des globalen Südens**

zuzuleiten.

Bei der Übermittlung an die Präsidentin des Bundesrates habe
ich gebeten, die Vorlage in die Tagesordnung der Sitzung des
Bundesrates am 10. Februar 2017 mit dem Ziel der sofortigen
Sachentscheidung aufzunehmen.

Ich bitte Sie, den Vorsitzenden des Hauptausschusses über diese
Bundesratsinitiative des Landes zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen
Die Stellvertreterin der Ministerpräsidentin

Sylvia Löhrmann

Antrag

des Landes Nordrhein-Westfalen

Entschließung des Bundesrates zum Beitritt der Bundesregierung zu einem Fonds zur Unterstützung von Familienplanungsangeboten in Ländern des globalen Südens

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat begrüßt die Initiative der niederländischen Regierung zur Einrichtung eines Fonds zur Sicherstellung und Weiterführung derjenigen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen in Ländern des globalen Südens, deren Arbeit durch die Streichung der finanziellen Unterstützung durch die USA gefährdet ist. Der Bundesrat spricht sich dafür aus, dass sich die Bundesregierung an dieser Initiative beteiligt und fordert diese auf, alle hierfür notwendigen Schritte zu unternehmen und ihrerseits auch bei den anderen EU-Mitgliedstaaten und anderen für eine Beteiligung zu werben.

Begründung:

Durch die von US-Präsident Trump unterzeichnete so genannte „Global Gag Rule“ sind viele derjenigen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen bedroht, die bisher ganz oder teilweise aus Mitteln der US-Entwicklungshilfe finanziert wurden. Dies betrifft vor allem Familienplanungsdienste der International Planned Parenthood Federation (IPPF) und ihrer weltweit 170 Mitgliedsorganisationen, aber auch HIV/AIDS-Präventionsprogramme, Mütter- und Kindergesundheitsdienste und Zika-Informationsstellen.

Um zu verhindern, dass dadurch Millionen von Menschen den Zugang zu Angeboten der Familienplanung sowie der sexuellen und reproduktiven Gesundheit verlieren, hat die niederländische Regierung auf Initiative von Entwicklungshilfeministerin Lilianne Ploumen einen Fonds ins Leben gerufen, der die weggefallene Finanzhilfe der USA in Höhe von ca. 600 Mio. US-Dollar so weit wie möglich ersetzen soll.

Der Bundesrat begrüßt diese Initiative und fordert die Bundesregierung auf, einen maßgeblichen Beitrag zur Unterstützung dieses Fonds zu leisten.